

Was darf uns die Kultur denn kosten? – Debatte um die Finanzen der Kulturhauptstadt

geschrieben von Bernd Berke | 14. März 2008

Alter Streit, der sich immer mal wieder entzündet: Wieviel Geld sollen „wir“ für Kultur ausgeben? Genügt das, was die öffentliche Hand bezahlt – oder sollten Bürger, die es sich leisten können, freiwillig etwas drauflegen? Derzeit rankt sich die Debatte um die Finanzen der Kulturhauptstadt Ruhr 2010.

Als neulich in Düsseldorf die Förderbescheide des Landes NRW fürs „Dortmunder U“ (Ex-Brauereiturm, künftig Museum und Zentrum der Kreativwirtschaft) überreicht wurden, gab's neben aller Freude auch viele kritische Stimmen, so etwa im Internetportal <http://www.derwesten.de/>. Grundzug so mancher Äußerungen: Lieber Straßenbau, Schulen, Kindergärten und Schwimmbäder finanzieren – oder Hartz IV aufstocken . . .

**„Hände weg
von meiner
Geldbörse!“**

Gegen solch dringlichen Alltagsbedarf befindet sich Kultur seit jeher in der Defensive. Stets muss sie ihre finanziellen Ansprüche gut begründen und legitimieren, was ja völlig in Ordnung ist. Doch etliche Politiker sind auf diesem Ohr fast gänzlich taub. Denn massenhaft Wählerstimmen kann man mit den schönen Künsten nicht einheimsen. Eine kurzsichtige Art der Betrachtung.

Und so erntete denn auch Essens Stadtkämmerer Marius Nieland beileibe nicht nur Beifall, als er kürzlich vorschlug, jeder Bewohner des Reviers möge aus freien Stücken je einen Euro für die Kulturhauptstadt Ruhr spenden, deren Kassen bislang eher

spärlich gefüllt sind. Die Reaktionen glichen im Großen und Ganzen jenen aufs „Dortmunder U“. Motto: Hände weg von meiner Geldbörse! Ja, es ist eine schwierige Gemengelage.

Nielands Idee ist ja an und für sich sympathisch, sie könnte Phantasien beflügeln. Aber ist sie nicht auch ein Blütentraum? Selbst Amtskollegen aus anderen Revierstädten bleiben skeptisch. Wie, bitte, soll das funktionieren? Per Überweisung? Mit Sammelbüchse an der Haustür? Mit Sparschweinen, die in den Rathäusern aufgestellt werden? Und: Ein Euro ist „gefühlte“ nicht gleich ein Euro. Manche nehmen ihn aus der Portokasse, andere müssen ihn sich absparen.

Zudem kalkuliert Nieland ohne weiteres mit 5,4 Millionen Bewohnern (bzw. Euro) – vom Neugeborenen bis zur Hundertjährigen; von „kulturferneren“ Menschen gar nicht zu reden. Größere Familien würden demnach rein rechnerisch mehr berappen, denn pro Kopf wäre ja ein Euro fällig. Wäre das gerecht?

Schnellere und stärkere Wirkung ließe sich erzielen, wenn sich mehr potente Sponsoren aus der Wirtschaft fänden. Fritz Pleitgen und Oliver Scheytt, die Geschäftsführer der Ruhr 2010 GmbH, arbeiten daran. Man kann ihnen nur Erfolg wünschen.

Mit Steuern und Abgaben finanzieren die Bürger ohnehin schon die Kulturhaushalte. Freilich: Die gesamten Kulturausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden machen nicht einmal 0,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus – rund 8 Milliarden Euro stehen jährlich zu Buche. Man darf schon fragen, ob dies für eine Kulturnation nicht beschämend geringe Werte sind.

Doch auch da gibt's wieder Gegenpositionen, die sich untermauern lassen: Es gibt wohl kein anderes Land auf Erden, das eine so dichte kulturelle Infrastruktur hat wie Deutschland. Ungefähr jedes siebte Opernhaus weltweit steht bei uns. Kulturschaffende haben sich vielfach an namhafte Subventionen gewöhnt. Jede Kürzungsabsicht zieht daher einen

Aufschrei („Kahlschlag!“) nach sich.

An dieser Stelle folgt in Debatten rasch der Ausruf: Und das alles für eine betuchte Minderheit? Nun, das wäre zu engstirnig gedacht. Man stelle sich die Städte ohne Theater, Opern, Museen und Bibliotheken vor. Es wären öde Kommerz-Wüsten. Ausgaben für Kultur erweisen sich in aller Regel als sinnvolle Investitionen. Viele Euros fließen in die Städte und Gemeinden zurück. Es kommen mehr Touristen und Tagesgäste, die Geld ausgeben – nicht nur an der Theaterkasse. Und schließlich konkurrieren Betriebe und Behörden in allen Städten um gut ausgebildete, qualifizierte Mitarbeiter. Viele von ihnen lassen sich vor allem durch kulturelle Angebotsfülle locken.

INFO:

- Die derzeitige Finanzlage der Kulturhauptstadt Ruhrgebiet 2010:
 - Insgesamt stehen jetzt rund 52 Millionen Euro zur Verfügung. Das Geld kommt aus folgenden Quellen:
 - Der Regionalverband Ruhr (RVR) steuert 12 Millionen Euro bei.
 - Vom Land Nordrhein-Westfalen kommen 12 Millionen Euro.
 - Der Bund schießt 12 Millionen Euro zu.
 - Die Stadt Essen ist mit 6 Millionen Euro dabei.
 - Die Europäische Union (EU) stellt 1,5 Millionen Euro bereit.
 - Private Sponsorenmittel (bisher zugesagt): 8,5 Millionen Euro.
 - Was können die einzelnen Städte beitragen? Vor allem die Revier-Gemeinden, die unter Sparzwängen stehen, könnten eine Aufstockung ihrer Eigenmittel bestens gebrauchen.
-

Jede Kulturhauptstadt lernt von den Vorläufern – Internationales Treffen mit Etat-Vergleich in Essen

geschrieben von Bernd Berke | 14. März 2008

Von Bernd Berke

Essen. Immer gern genommen: „Netzwerk“ und „Nachhaltigkeit“ lauten die Schlagworte, wenn etwas dauerhaft in Gang gesetzt werden soll. So auch jetzt beim Treffen der Kulturhauptstädte in Essen.

Das neu geknüpfte Netzwerk umfasst vorerst alle europäischen Kulturkapitalen der Jahre 2007 bis 2011. Wer künftig benannt wird, soll ebenfalls zum Kreis gehören und vom regelmäßigen Austausch profitieren. Auch aus etwaigen Fehlern der Vorläufer lässt sich etwas lernen.

Da wird etwa über den Umgang mit Politikern oder Sponsoren geredet – und über Visionen: Kultur soll europäische Wege noch mal anders bahnen als wirtschaftliche und politische Beziehungen.

Diesmal haben die Delegierten auch die Kulturhauptstadt-Etats miteinander verglichen. Und siehe da: Das doch recht kleine Linz (Österreich, 2009 an der Reihe) verfügt über 60 Millionen Euro öffentliches Geld. Essen und das Ruhrgebiet (2010) können nach jetzigem Stand auf 48 Mio. Euro zurückgreifen. Sponsorenmittel nicht mitgerechnet. Apropos: Da wäre das Revier froh, wenn es die Marke von Liverpool (2008) erreichen könnte, wo aus Privatschatullen 12 Mio. Pfund (rund 17,6 Mio. Euro) fließen.

Glasgow als leuchtendes Vorbild

Beispiel für einen Lerneffekt des Essener Treffens: Stavanger (Norwegen, 2008) hat Projektvorschläge fürs Hauptstadtjahr völlig ins Belieben gestellt und gleich über 700 erhalten, darunter etlicher Unsinn. Man musste mühsam sortieren und dabei viele Leute enttäuschen. Im Revier (500 Projekt-Ideen) hat man zeitig vorgefiltert.

Parallel mit dem Ruhrgebiet treten 2010 Pécs (Ungarn) und Istanbul (Türkei) an. Einzelheiten sind noch nicht ganz spruchreif, doch das Trio will konkrete Vorhaben miteinander umsetzen, Künstleraustausch und gemeinsame Tourismus-Werbung inbegriffen.

Wohin die Reise gehen soll, skizzierte der Kulturmanager Sir Bob Scott am Beispiel Liverpool. Ab 2008 solle die Welt anders über die Stadt mit dem bislang schäbigen Image denken. Musterbeispiel: Glasgow (1990), das sein Erscheinungsbild gleichsam runderneuert hat. Im Ruhrgebiet ist man für eine solche Erfolgsgeschichte besonders hellhörig.

**Auch Bochum will ein
Konzerthaus bauen –
Finanzielle Vorbehalte /
„Konkurrenz“ reagiert
gelassen**

geschrieben von Bernd Berke | 14. März 2008
Von Bernd Berke

Bochum. Auch Bochum möchte ein Konzerthaus bauen – für 21,4

Mio. Euro. Dies hat gestern der städtische Kulturausschuss im Grundsatz bekräftigt.

Allerdings wurde auf die im November 2006 anstehenden Haushaltsberatungen verwiesen. Falls das Projekt dann bejaht wird: Würde eine neue Konkurrenz für die Philharmonien in Dortmund und Essen drohen?

Die WR fragte nach und vernahm betont gelassene Stimmen. Dortmunds Konzerthaus-Chef Benedikt Stampa findet den Vorgang undramatisch und sagt sogar: „Das wäre eine Supersache. Die Bochumer Symphoniker hätten es verdient.“

Bisher muss das Orchester (Leitung: Steven Sloane) zwischen diversen Bochumer Spielstätten „tingeln“. Mit dem Neubau neben der Jahrhunderthalle bekäme es endlich eine feste Bleibe. Das Bochumer Haus mit rund 1100 Plätzen (Dortmund: fast 1600, Essen: 1800) würde zudem in einer anderen Liga spielen, meint Stampa: „Da dürfte es keine großen Publikums-Bewegungen geben.“

Ähnlich unaufgeregt sind die Erwartungen bei der Essener Philharmonie. Und Prof. Franz Xaver Ohnesorg, Chef des Klavierfestivals Ruhr, findet: „Die Entscheidung wäre längst überfällig. Wenn man es intelligent anfängt und eigene Profile findet, so ergänzen sich die Häuser.“

Bochums Kulturdezernent Hans-Georg Küppers stellt klar: „Wir wollen kein Konzerthaus im eigentlichen Sinne, sondern in erster Linie eine feste Spielstätte für unsere Symphoniker.“ Gewiss könne es auch Fremdveranstaltungen geben, doch eher im Jazz- oder Kammermusik-Bereich.

Hat es im Vorfeld Absprachen zwischen den Revier-Kommunen gegeben, die sich gemeinsam anschicken, Europäische Kulturhauptstadt 2010 zu werden? Offenbar ja. Mit seinen Dezernenten-Kollegen Jörg Stüdemann (Dortmund) und Oliver Scheytt (Essen) ziehe er auch in der Angelegenheit „an einem Strang – und zwar in dieselbe Richtung“, versichert Bochums

Küppers. Auch mit den Chefs der Philharmonien in Essen und Dortmund herrsche Einvernehmen.

Das Problem ist Bochums prekäre Haushaltslage. Das Konzerthaus soll von der Stadt-Tochter „Entwicklungsgesellschaft Ruhr“ gebaut werden. Ab 2009 würden jährlich 1,3 Mio. Euro Mietkosten zu Lasten der Stadt anfallen. Spätestens bis dahin, so Küppers, müsse man den Etat so weit konsolidieren, dass sich Bochum diese Ausgabe erlauben kann. Unter solchen Vorbehalten wurde denn auch gestern im Kulturausschuss beraten. Denn die Bezirksregierung in Arnsberg überwacht die Bochumer Haushaltsführung genau.

Sorge um Kulturretat des Kreises Unna

geschrieben von Bernd Berke | 14. März 2008

Von Bernd Berke

Kreis Unna. Ist das denn denkbar: dass es auf Schloss Cappenberg (Seim) gar keine Kunstaussstellungen mehr gäbe. Oder dass das ebenso schmucke Haus Opherdicke (Holzwickede) verkauft würde und der Kultur nicht zur Verfügung stünde?

„Ich halte inzwischen alles für möglich“, sagt Gabriele Warminski-Leitheußer (SPD), Kulturdezernentin des Kreises Unna, im WR-Gespräch. Es gebe starke konservative Kräfte, die den Kulturretat des Kreises am liebsten „auf Null setzen“ würden. Sie befürchtet, dass in den laufenden Etatverhandlungen das Kulturbudget (jährlich 2,9 Mio. Euro) angetastet werden könnte. Die einstige Koalition von SPD und

Grünen ist „geplatzt“, politische Mehrheiten müssen nun von Fall zu Fall gesucht werden. Am 7. März wird der Haushalt im Kreistag beraten.

Nicht nur die genannten Kulturstätten, die weit übers Kreisgebiet hinaus wirken, wären schlimmstenfalls gefährdet. Es geht auch um Zuschüsse für die Neue Philharmonie Westfalen (500 000 Euro). Zudem fördert der Kreis eine komplette Vorstellungsreihe im Lünen Hilpert-Theater, das Museum für Lichtkunst in Unna (47 000 Euro) und das Festival „Welttheater der Straße“ in Schwerte (Vorjahr: 25 000 Euro), zu dem Tausende pilgern.

Besonders peinlich wären Kürzungen mit Blick auf die Kulturhauptstadt-Bewerbung des Reviers, an der sich der Kreis z. B. mit dem Lichtkunst-Museum beteiligt. Warminski-Leitheußer ist als Dezernentin auch für Sozialpolitik zuständig. Kommt die studierte Juristin in Gewissens-Konflikte zwischen Sozialem und Kultur? Nein, denn: „Den Haushalt können wir nur sanieren, wenn es weniger Arbeitslose gibt. Einsparungen bei der Kultur bringen fast nichts und schaden nur“, betont sie vorsorglich.

Den Löwenanteil des Haushalts, rund 77 von 90 Mio. Euro, wendet der Kreis Unna für den Sozialbereich auf, insbesondere im Rahmen von „Hartz IV“. „Schon bei geringen Schwankungen nach oben würden die gesamten 2,9 Millionen Euro aus dem Kulturbereich nicht reichen, um hier auszugleichen.“ Kultur präge nicht nur das Image des Kreises, sondern vermittele auch Identität. Die Dezernentin: „Wir können doch nicht unsere Wurzeln kappen!“

Neue Gewichtungen in der Kulturpolitik – NRW-Staatssekretär Grosse-Brockhoff über Finanzen und Schwerpunkte

geschrieben von Bernd Berke | 14. März 2008

Von Bernd Berke

Düsseldorf. Angesichts der prekären Haushaltslage des Landes mag man es kaum glauben. Doch NRW-Kulturstatssekretär Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (CDU) ist sehr zuversichtlich, dass der Kulturetat des Landes in den nächsten fünf Jahren tatsächlich schrittweise aufs Doppelte anwächst: „Das steht schließlich im Koalitionsvertrag.“

Wie der Kulturpolitiker bei einer Gesprächsrunde mit Journalisten in Düsseldorf sagte, wappnet er sich freilich auch gegen Ressort-Neid bei den kommenden Haushaltsberatungen. Minister, die sparen müssen, könnten dann missgünstig auf die Kultur schauen; Vielleicht wird Grosse-Brockhoff die (offenbar mehrfach zugesagte) Rückendeckung von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers brauchen.

Keine Förderung mit der Gießkanne

Die Kultur sei keineswegs üppig ausgestattet, sagt der Mann aus der NRW-Staatskanzlei. Er rechnet vor, dass das Land Nordrhein-Westfalen bei den Kulturausgaben pro Kopf bisher bundesweit das Schlusslicht bilde. Auch wenn die Ausgaben der vielen größeren NRW-Städte das Gesamtbild günstiger gestalten, sei dies beschämend: „Eine Verdoppelung ist nötig.“

Was aber will er im Erfolgsfalle mit den steigenden

Etatmitteln bewirken? Grosse-Brockhoff: „Es wird keine neuen ‚Leuchttürme‘, aber auch keine Gießkannen-Förderung geben. Wir müssen Schwerpunkte setzen.“ Beileibe nicht jede Einrichtung könne nun ohne weiteres mit steigenden Landeszuschüssen rechnen. Immerhin: Der von Jürgen Flimm geleiteten RuhrTriennale gibt er eine Art Bestandsgarantie. Die Akzeptanz des Festivals sei mit den Jahren erheblich gestiegen.

Mehr Kulturschaffende in die Schulen

Grosse-Brockhoff will die Kulturpolitik neu sortieren und gewichten. Ein Hauptanliegen: kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen. Er möchte mit Fördermitteln erreichen, dass mehr Kulturschaffende aller Sparten in die Schulen kommen. Ihm schwebt eine Art Wettbewerb unter den Städten vor: Wer entwickelt das beste Modell, besonders für die Ganztagschulen? Dabei sei vor allem die kreative Eigenart der Künstler gefragt – abseits von bürokratischen Richtlinien und dröger „Verschulung“.

Ein zweiter Punkt heißt „Substanzerhalt, genauer: Rettung von Archivbeständen. Grosse-Brockhoff: „Der Zerfall in den Archiven kann gestoppt werden, es fehlt bisher nur das Geld.“ Inzwischen betreffe der Schwund auch wichtige Filme und Videos, die dringend digitalisiert werden müssten.

Außerdem will der Staatssekretär das kulturelle Ehrenamt stärken. Vielen Instituten drohe über kurz oder lang ein Personalmangel, der nur durch freiwillige Dienste ausgeglichen werden könne. Wünschenswert sei eine Akademie, in der sich Helfer auf ihre Aufgaben (und auf etwaige Konflikte mit Hauptamtlichen) vorbereiten könnten.

Triennale auf Kosten der Szene finanziert?

Grosse-Brockhoff äußerte sich auch zur Bewerbung des Ruhrgebiets als „Europäische Kulturhauptstadt 2010“: Ich bin ganz energisch dafür, diese Riesenchance zu nutzen. Es wäre ein Aufbruch zu neuen Ufern“. Doch es gebe noch viel zu tun:

Das Land, die Stadt Essen, die Region und die Wirtschaft sollten jetzt möglichst zügig eine Kulturhauptstadt-GmbH gründen. Überdies solle sehr bald eine namhafte künstlerische Leitung gefunden werden – eine spannende Personalfrage.

Solche konkreten Fortschritte müssten dann in Brüssel vorgezeigt und der EU-Jury schmackhaft gemacht werden. Der verbliebene Konkurrent Görlitz sei „sehr, sehr ernst zu nehmen“. Doch eigentlich sei das Ruhrgebiet geradezu prädestiniert, Europas Kulturhauptstadt zu werden.

Bei Durchsicht der letzten Landeskulturetats will Grosse-Brockhoff etwas festgestellt haben, was manche schon argwöhnten: Die RuhrTriennale, so der CDU-Politiker, sei von der vorherigen Landesregierung teilweise doch nicht mit zusätzlichem, „frischen Geld“, sondern auf Kosten der übrigen (freien) Szene finanziert worden. Eine Aussage, die noch für Debatten sorgen dürfte.

Zahlen und Fakten

- **Das Land NRW gibt derzeit pro Einwohner und Jahr 14,60 Euro für Kultur aus. Beim deutschen Spitzenreiter Sachsen sind es 87,50 Euro, Bayern und Mecklenburg-Vorpommern liegen jeweils bei 40 Euro**
- **Der reine Kulturförder-Etat des Landes NRW umfasst rund 70 Millionen Euro im Jahr.**
- **Wenn es nach den jetzigen Plänen geht, soll der Etat stufenweise steigen und in fünf Jahren etwa 140 Mio. Euro betragen.**

Kulturstaatssekretär Grosse-Brockhoff sagt, zuletzt seien die Fördermittel in manchen Bereichen deutlich gesunken. So hätten sich von 2001 bis 2005 die Aufwendungen des Landes für Bibliotheken von 6,1 auf 4,1 Millionen Euro verringert.

Wuppertal: Museum muß vorerst keine Bilder verkaufen – Ratsbeschluß sorgt nur für vorläufige Entwarnung

geschrieben von Bernd Berke | 14. März 2008

Von Bernd Berke

Wuppertal. Vorläufige Entwarnung: Das Ansinnen der Stadt ans Von der Heydt-Museum, zwecks Aufbesserung der Finanzen einige Bilder zu veräußern, ist erst einmal vom Tisch. Dennoch hängt weiter ein Damoklesschwert über dem Museum.

Einstimmig beschloß der Wuppertaler Stadtrat am Montagabend eine Dreipunkte-Erklärung zum bundesweit beachteten Bilder-Streit. Darin heißt es u. a., einen regelmäßigen (!) Verkauf von Kunstwerken zur Etat-Steigerung dürfe es nicht geben. Damit bleibt die Möglichkeit offen, von Fall zu Fall eben doch solche Aktionen ins Auge zu fassen.

Weiter enthält der Ratsbeschluß einen Dank an die Stifter von Kunstwerken, denen man die Sorge nehmen will, die von ihnen zur „Verfügung“ gestellten Werke könnten zur etwaigen Verkaufsmasse gehören. Schließlich wird festgelegt, daß nur

die Museumsleitung selbst über eventuelle Verkäufe aus der Sammlung entscheiden dürfe.

So weit, so scheinbar beruhigend für Museumschefin Dr. Sabine Fehlemann. Als Kulturdezernent Heinz-Theodor Jüchter gestern den Ratsbeschluß erläuterte, war sie freilich sichtlich bedrückt. Sie gab denn auch auf Nachfragen zu verstehen, daß sie in Sachen Bilderverkäufe nicht mehr Stellung beziehen wolle. Hat man es ihr etwa untersagt? Sie selbst jedenfalls hatte kürzlich die städtischen Begehrlichkeiten mit einem alarmierenden Kurzinterview mit dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ ruchbar gemacht. Gestern aber sagte sie zu der ganzen Angelegenheit kein einziges Wort.

Kulturdezernent spricht von Millionen-Einsparungen

So ergriff denn – annähernd als Alleinredner – der Kulturdezernent die Gelegenheit, die Ratsmeinung zu interpretieren. Das Museum, so Jüchter, bleibe aufgefordert, seine Einnahmen deutlich zu verbessern. Die Stadt könne nicht mehr Geld zuschießen. Im Gegenteil. Er, Jüchter, müsse in den nächsten Jahren enorme Kultur-Sparvorschläge vorlegen, allein beim Theater gehe es um 6 Millionen DM.

Einen ersten Lichtblick für das Von der Heydt-Museum gibt es: Die aus Bukarester Schätzen bestückte Schau „Von Cranach bis Monet“ hat fast 95000 Besucher angezogen. Sonst kommen im ganzen Jahr nicht so viele Kunstinteressenten in das Elberfelder Haus. Der Überschuß der Ausstellung soll nun aber nicht in den Ankaufsetat des Museums gesteckt werden, sondern in Werbekampagnen.

Mit diesen Anstrengungen könnte jedoch ein Teufelskreis des Leistungsdrucks beginnen. Denn der erhöhte Werbeetat muß sich lohnen. Gäbe es Besucherflops, so würden alsbald die Alarmglocken läuten. Museumsleiterin Fehlemann muß nun wohl zusehen, daß ihre Ausstellungen „mehrheitsfähig“ sind. Sie geriete bei Fehlschlägen rasch in Begründungsnot und würde

eines Tages doch wieder gedrängt werden, an Bilderverkäufe zu denken.

Übrigens kommen für derlei Verkäufe gerade mal jene sechs Prozent der Wuppertaler Bestände in Frage, die mit städtischen Geldmitteln angeschafft wurden. Es sind vor allem Werke von jungen Künstlern aus der Region, die eh keine großen Erlöse brächten. Der Löwenanteil des Eigenbesitzes stammt aus Stiftungen und wäre bei Verkäufen tabu, wie Kulturdezernent Jüchter versicherte.

Kunst gefällig? Museen verleihen Meisterwerke – Mit Leasing könnten Institute den Etat aufbessern

geschrieben von Bernd Berke | 14. März 2008
Von Bernd Berke

Im Westen. Das „Phantom der Oper“ treibt seit Jahren in den Musical-Palasten der Welt sein Unwesen. Jetzt scheint es auch ein „Phantom der Museen“ zu geben – und es betätigt sich vorzugsweise im Ruhrgebiet. Die Rede ist von einem eigentlich pfiffigen Kunst-Leasing-Projekt, dessen Früchte aber noch nicht so recht sprießen wollen.

Zwei Frankfurter hatten die Idee: Ulrich Schanda und Reinhold Brunner (beide 35) dachten sich, es sei doch schade, daß so viele Kunstschatze in Depots vor sich hin dämmern. Statt

dessen könne man sie (gegen Gebühr) an zahlungskräftige Kundschaft ausleihen. Beispiel: Ein Bild hat einen Versicherungswert von 100 000 DM. Will z. B. ein Unternehmer es in seine Geschäftsräume hängen, sind davon jährlich 10 Prozent Leihgebühr fällig, macht also 10 000 DM – je 5000 DM würden an die Vermittler Schanda/Brunner und ihre „ulyssis art broking GmbH“ sowie an das Geber-Museum fließen. Die Transportkosten gehen zu Lasten der Frankfurter Broker.

Eine verlockende Sache, besonders für Kunsthäuser des Ruhrgebiets, die so ihre schmalen Etats etwas aufbesrgern könnten. Denn die Gebühren würden als Spenden oder Beiträge deklariert, so daß keine Stadt die Extra-Erlöse ohne weiteres vom Budget abziehen könnte. Kein Wunder also, daß man hierzulande besonders aufgeschlossen war und daß fast die Hälfte der beteiligten Museen im Revier zu finden ist: Das Städtische Museum Gelsenkirchen ist ebenso dabei wie die Kunsthalle Recklinghausen, das Märkische Museum Witten und das Osthaus-Museum in Hagen. Renommierete Häuser in Nürnberg, Mannheim, Hannover und Ludwigshafen vervollständigen die Liste der Interessenten.

Doch die ganze Sache „hakt“. Dr. Michael Fehr, Chef des Hagener Osthaus-Museums: „Die Idee ist ja ganz gut. Doch wir haben seit einem halben Jahr nichts mehr davon gehört. Das Projekt ist offenbar ‚gestorben‘.“ Kein einziges Bild habe den Weg zu einem UNternehmen gefunden.

Die gleiche Auskunft bekam die WR bei der Kunsthalle Recklinghausen: „Die Industrie spielt wohl nicht mit.“ Das Sprengel-Museum in Hannover ist sogar „vorübergehend“ aus dem Verleiher-Pool ausgestiegen. Erst wenn sich Erfolge einstellen, will man wieder mitmachen.

Immerhin, hört man aus Hagen, will das „heute-Journal“ im ZDF über das Projekt berichten. Bis jetzt ist der Beitrag zwar noch nicht gelaufen, doch schöpft man neue Hoffnung, nachdem endlich auch der erste Bild-Transfer geklappt hat. Reinhold

Lange vom Städtischen Museum Gelsenkirchen meldete Vollzug: Aus „seinem“ Fundus trat das Bild „Fliegende Formen“ des (nicht am Erlös beteiligten) 86jährigen Konstruktivisten Anton Stankowski die Reise nach Berlin an. Es schmückt nun einen Geschäftsraum der Firma Eternit. Lange: „Ein willkommener Zuschuß für uns.“

Vielleicht bleibt es also doch kein „Phantom“. Über 150 Kunstwerke sind mittlerweile im Angebot – mit Versicherungswerten zwischen 15 000 und 900 000 DM (Spitzenpreis: ein Bild von Max Pechstein). Die Quote der Leihgebühren bewegt sich zwischen 7 Prozent für die teuersten und 15 Prozent für die preiswertesten Arbeiten.

Kunst-Makler Reinhold Brunner beteuert unterdessen im Gespräch mit der WR die seriöse Geschäftsgrundlage. Vor einer eventuellen Leih-Aktion schaue man sich die Geschäftsräume der Unternehmer sehr genau an. Man überprüfe Klima-, Licht und Sicherheits-Bedingungen und ermittle, ob in den Zimmern geraucht wird und wann die Sonne durch welches Fenster scheint. Bei ausgesprochen teuren Werken rede man ausführlich über Bewachung und Alarmanlagen. Natürlich werde aus eine Extra -Versicherung abgeschlossen. Brunner: „Und falls die Museumsleute Bedenken haben, bekommen sie Zutrittsrecht“.

Alarm-Signale aus dem Museum Bochum: Das Geld reicht

überhaupt nicht mehr

geschrieben von Bernd Berke | 14. März 2008

Von Bernd Berke

Bochum. Museumsleiter Dr. Peter Spielmann fühlt sich unter Druck gesetzt: „Andauernd verlangen die Politiker, wir sollten spektakuläre Ausstellungen zeigen. Die Besucherschlange soll möglichst bis zum Rathaus reichen. Ständig hält man uns als leuchtende Beispiele Van Gogh in Essen und die ‚Terrakotta-Armee‘ in Dortmund vor.“ Und das alles, wo doch eben diese Politiker den jährlichen Ausstellungsetat bei 150 000 DM eingefroren hätten.

Mit diesem Betrag sei kein Auskommen. Bochums Museumschef, fast verzweifelt: „Immer mehr Leihgeber verlangen inzwischen Gebühren und Begleitschutz für den Kunsttransport.“ Den aber erledigt die Polizei seit einiger Zeit nicht mehr. Folge: Man müsse teure private Sicherheitsdienste anheuern. Und damit stecke man vollends im Teufelskreis: Kein Geld für spektakuläre Ausstellungen – das heiße, daß man bei Leihanfragen fast nur noch Absagen kassiere. Spielmann: Nur wer in der Museums-„Bundesliga“ sei, werde noch berücksichtigt.

Als hätte es eines Beleges für die Finanzknappheit noch bedürft, präsentierte Spielmann als neue Ausstellung seines Hauses erneut „nur“ eine quasi kostenfreie Zusammenstellung aus Eigenbesitz – ohne Katalog, nur mit Handzetteln zur Kurzinformation.

Das Konzept ist aus der Not geboren, doch Spielmann steht dahinter: Die eigene Kollektion in immer neuen Kombinationen zu zeigen, sei auch ein Abenteuer: „Da lernt man, die Kunst nicht in Schubladen einzusortieren, sondern immer wieder anders zu sehen.“

Eigenbesitz-Ausstellung in Beweisnot

„Signal-Kunst/Kunst-Signal“, so hat man die Schau getauft. Kustos Hans Günter Golinski hat die Arbeiten ausgesucht. Leitlinie der Auswahl: Werke, die den Betrachter durch grelle Farbgebung und/oder Signalcharakter gleichsam „anspringen“ oder mit optischen Mitteln „bremsen“.

Nach solchen Allerwelts-Vorgaben hat man wahrlich breite Auswahl. Es kamen denn auch Arbeiten zusammen, die teilweise formal geradezu unvereinbar sind. Ein Wechselbad der Beliebigkeiten? Das denn doch nicht. Aber eine Ausstellung, die in Beweisnot gerät, will man doch u. a. zeigen, daß die Quellen anderer Signale (Verkehrszeichen/Reklame) in der Kunst zu suchen sind. Wer wollte da Aufschlüsse von einer so begrenzten Auswahl erwarten?

Anregungen zum Nachdenken und zur Meditation will man geben. Gewiß wird dieser Anspruch von einzelnen Kunstwerken eingelöst, so etwa von Akais leuchtende Farbkreisen. Die Schwerpunkte liegen in den 60er und 70er Jahren, geometrische Formgebung in der konstruktiven Tradition (Kreise, Rechtecke, Dreiecke) dominiert. Otto Herbert Hajeks Zeichenwelt begegnet man ebenso wie einem Beuys'schen Signalkreuz auf Filz. Hier überlagert das Markenzeichen des Künstlers bereits das Kunst-Signal. Auch andere bekannte Namen wie Fruhtrunk, Kriwet oder Gaul sind vertreten.

Etwas problematisch an der Ausstellung ist die Überfülle der „Signale“, die sich hier und da gegenseitig stören. Doch im Grunde ist ja die ganze Schau auch ein Not-Signal des Museums.

„Kunst-Signale“ (Eigenbesitz). Museum Bochum, Kortumstraße 147. Bis 19. September. Di-Fr 10-18 Uhr. Kein Katalog.

WLT-Finanzen auf des Messers Schneide – Leitung des Landestheaters im Rundschau-Gespräch

geschrieben von Bernd Berke | 14. März 2008

Dortmund/Castrop-Rauxel. (bke) Am 3. März wird sich die Spreu vom Weizen sondern: Dann steht auf Messers Schneide, wie viele von 22 Städten bereit sind, ein kulturpolitisches Bekenntnis zum Westfälischen Landestheater (WLT) in Castrop-Rauxel abzulegen und wie viele womöglich als Mitglieder aus dem Trägerverein des Theaters ausscheiden.

Wird es „Fahnenflüchtige“ geben, droht gar eine Vereins-Auflösung? Brisanter Stoff für ein Gespräch, zu dem WLT-Intendant Herbert Hauck, sein Verwaltungschef Norbert Kronisch sowie Olaf Reifegerste, Pressesprecher und Spielplan-Disponent des Theaters, ins Dortmunder Rundschauhaus kamen.

Letzlich geht es nicht nur um Bekenntnisse, sondern um Geld: Seit langem ist der Jahresbeitrag pro Gemeinde auf läppische 300 Mark eingefroren. Für diesen „Tischtennis-Beitrag“ (Reifegerste) genießen die Kommunen weitreichende Stimmrechte in Existenzfragen des WLT. Künftig sollen die Städte zusammen im Jahr 45 000 DM Beiträge zahlen, etwa nach einem Verteilerschlüssel auf Basis der Einwohnerzahlen. Anfang Febmar hatten die Gemeinde-Vertreter sich nicht geeinigt. Seitdem hängt das WLT, das ja landauf landab gastiert, finanziell „in der Luft“. Nächsten Freitag soll ein zweiter Anlauf den Durchbruch bringen.

Da die Kommunen, so Herbert Hauck, nicht mehr gar so ärmlich dastehen wie vordem, geht das WLT selbstbewußt in die „Zerreißprobe“ und fordert von jeder Stadt – zusätzlich zum

Beitrag – eine ein- bzw. erstmalige Umlage von 7 Pfg. pro Einwohner, was insgesamt 105 000 DM ergäbe.

Nun warten alle gespannt auf Signale der Städte. Die Theaterleute sowieso (Hauck: „Jetzt müssen wir das durchfechten“), aber auch das NRW-Kultusministerium, das mehrfach seine Zuschüsse erhöhte, nun aber die Kommunen im Zugzwang sieht – und der zuständige Regierungspräsident in Münster, der den neuen WLT-Etat (5,5 Mio. DM) nicht absegnen mag, bevor die Gemeinden Geld drauflegen.

Ungeachtet relativ hoher Einnahmen durch Kartenverkauf beklagt das WLT Defizite. Neue Tarifabschlüsse erzwingen jetzt nochmals Einsparungen von 70 000 DM. Dies alles, so die Theaterleute zur WR, bedeute keinesfalls, daß man künftig einen Boulevard-Spielplan anbiete. Herbert Hauck gelobt: „Brecht-Pflege und regionalbezogene Stücke bleiben Schwerpunkte.“

Trotz aller Unbill plant man beim WLT zwei neue Projekte; Eines soll sich ostwärts bewegen, ein anderes auf Flüssen und Kanälen...

Plan Nummer eins: Man verhandelt mit einem DDR-Theater. Herbert Hauck verrät, daß es sich um die Bühne in Döbeln/Sachsen handelt. Mit diesem Theater will das WLT u. a. einen Stücke-Zyklus über die deutsche Nachkriegsgeschichte herausbringen. Hauck: „Die Landkarte für eine DDR-Tournee haben wir auch schon im Kopf.“

Plan zwei, die Einrichtung eines mobilen „Theater-Schiffes“ gemeinsam mit den Städtischen Bühnen Oberhausen, geht – nach erfolgtem Antrag – zwischen Kultus- und Städtebauministerium des Landes seinen bürokratischen Gang. Dabei drängt die Zeit: Schon kommen konkrete Terminanfragen aus den Schulen – und ein bereits ausgesuchtes Schwimm-Objekt ist nicht mehr zu haben. Ein Lastkahn, rund 60 Meter lang und 8 Meter breit, soll – zum Bühnenschiff umgebaut – besonders Jugendlichen die

„Schwellenangst“ vorm Theater nehmen. Hauck, Kronisch und Reifegerste haben sich bereits Kenntnisse angeeignet, die eines Reeders oder Kapitäns würdig wären. Freilich merkten sie auch, daß vom Land geförderte Kooperationen (hier mit Oberhausen) rechtlich kein leichtes Fahrwasser sind.

Über eines sind die WLT-Leute voll des Lobes: Das „Klima“ in Castrop-Rauxel habe sich enorm verbessert. Kein Wunder: Bestimmte Industrieansiedlungen sind auch auf die Präsenz des WLT zurückzuführen: Kultur lockt Wirtschaft an. Von einem WLT-Umzug nach Hamm, vor Zeiten noch erwogen, ist jetzt keine Rede mehr.